

Schausberger will mehr Macht für EU-Regionen

■ Dezentralisierung für Bürgernähe.

Wien. (aum) Die Regionen der EU brauchen mehr politisches Gewicht. Das forderte Franz Schausberger, Ex-Landeshauptmann und Vorstand des Instituts der Regionen Europas, bei einer Pressekonferenz mit Luc van den Brande, dem designierten Präsidenten des Ausschusses der Regionen der EU (AdR), am Dienstag in Wien. Die Stärkung der Regionen diene letztlich auch der oft geforderten Bürgernähe der Union.

Ein Ansatzpunkt sei dabei, dass man die EU nicht Aufgaben erledigen lässt, die eigentlich den einzelnen Ländern zustünden. „Zentralismus schafft keine Arbeitsplätze“, erklärte van den Brande die nötige Abkehr von der Dominanz Brüssels.

Die EU darf außerhalb der ihr zugewiesenen Bereiche nur dann tätig werden, wenn die Mitgliedsstaaten die jeweilige Aufgabe nicht genausogut regeln könnten. Dieses sogenannte Subsidiaritätsprinzip gelte es umzusetzen. Dabei wollen die Regionen nun auch miteinbezogen werden.

Schausberger setzt vor allem auf die, von Bundeskanzler Wolfgang Schüssel initiierte, Subsidiaritätskonferenz, die Mitte April in St. Pölten stattfindet. Unterstützung für das Subsidiaritätsprinzip findet sich in der EU-Verfassung. Sie sieht ein Klagerecht im Falle einer Kompetenzverletzung vor. Aber auch sonst bietet das Regelwerk eine Reihe positiver Inhalte für die Regionen. Nicht zuletzt deshalb könnte es auf dieser Ebene eher gelingen, nach den gescheiterten Referenden den Bürgern die Verfassung vermitteln. ■